

Prof. Dr. Peter Schlotter

Die Krise der liberalen Weltordnung

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas und dem Auseinanderfallen der Sowjetunion herrschte die große Hoffnung auf eine Welt der Demokratie und des Friedens. Dies war zunächst auch so. Die Demokratie breitete sich aus, im Osten Europas, aber auch weltweit. Deutschland – der “Westen” – war nicht mehr von Feinden umgeben. In der Systemauseinandersetzung zwischen staatsgesteuerter Wirtschaft und Einparteienherrschaft auf der einen und kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie auf der anderen Seite hatte der „Westen“ gesiegt.

Die Idee der liberalen Weltordnung nach 1990

Was waren – und sind immer noch – die Grundideen der Weltordnung, die sich nach 1990 globalisierte? Es sind Kapitalismus (basierend auf dem Eigentum als Naturrecht), die Idee, dass weltweiter (Frei-)Handel zu Kooperation und letztlich Frieden führt = (wirtschaftliche Globalisierung), die Konsumorientierung als kulturelle Norm. Menschen- und Bürger/innen-Rechte werden als individuelles Recht verstanden und gelten prinzipiell als universal gültig. Als Ausfluss der Selbstbestimmung wird Demokratie als die beste Regierungsform angesehen. Internationale Organisationen dienen der Regelung der Konflikte zwischen den (souveränen) Staaten. Zu dieser Weltordnungsvorstellung gehört seit einigen Jahren auch ein normativer Wandel von der Betonung der staatlichen Souveränität zur *Responsibility to Protect*, nach der die Staatengemeinschaft bei massiven Menschenrechtsverletzungen und Völkermord (notfalls militärisch) eingreifen darf. Die militärische, politische und wirtschaftliche Hegemonie der USA sicherte bisher diese liberale Weltordnung ab bzw. die USA übernehmen weiterhin die Kosten für die Sicherung dieser Hegemonie, sowohl aus Eigeninteresse als auch als Sachwalter des Ganzen, wovon alle profitieren, die in dem Spiel mitspielen und die Regeln einigermaßen einhalten.

Die Krise der liberalen Weltordnung

Diese liberale Weltordnung unter Führung der USA und ihrer Verbündeten ist in den letzten Jahren in Frage gestellt worden bzw. es gibt gegenläufige Tendenzen zu dem bisherigen Trend. Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion scheint keineswegs mit dem Ende seines Imperiums und seiner reduzierten Rolle in der Welt einverstanden. Die Demokratie hat sich zwar ausgebreitet, aber es leben immer noch 25 Prozent der Menschen weltweit in autoritären Staaten (40 Prozent aller Staaten sind noch autoritär regiert) bzw. einige in chaotischen

Regionen ohne Staat. Gegenwärtig entwickeln sich bislang zumindest teil-demokratisierte Länder wieder zurück in den Autoritarismus. Das Modell für Frieden, Wohlstand und Demokratie, die Europäische Union, befindet sich in einer Existenzkrise, sowohl was die Integration an sich angeht als auch bezogen auf ihre Unterstützung in den Mitgliedstaaten. Niemand weiß, ob die Krise des Finanzmarktkapitalismus zu Ende ist. Manche sprechen schon wieder von neuen Blasen.

Seit 1990 gab es den Krieg um Kuwait, die Kriege um den Zerfall und die staatliche Neuordnung des ehemaligen Jugoslawiens, den 11. September, den Afghanistan-Krieg, den Irak-Krieg, den islamistischen Terrorismus, Kriege im Nahen Osten, der „Arabische Frühling“ und dessen Niederschlagung bzw. Selbstdemontage, immer wieder neue Krisen des Finanzmarktkapitalismus, die Ebola-Epidemie, Erdbeben, Hungersnöte, der Krieg um die Ost-Ukraine, das Aufkommen des „Islamischen Staates“ usw. usw. Und jetzt eine Flüchtlingsbewegung nach Europa von epochalem Ausmaß, deren Ende nicht abzusehen ist. Wir beobachten zudem die Dialektik des Kapitalismus und des Freihandels: Wenn es stimmt, dass das Ausnutzen der Standortvorteile in der Weltwirtschaft Wohlstandsgewinne produziert, aber nicht gleichzeitig für alle, dann gewinnen einige und verlieren einige; die bisherigen westlichen Profiteure des „Nordens“ erleiden relative Verluste in Form von Wohlstandsminde- rung.

Der Westen, vor allem die USA haben eine triumphalistische Politik der Arroganz betrieben – es fehlte das Gegengewicht von Weltmächten, die vor allem die USA unter der Präsidentschaft George W. Bushs in die Schranken gewiesen hätten. Die Folgen sehen wir jetzt im Nahen Osten, wenn auch die Kriege und Konflikte dort viele endogene Ursachen haben.

Wie geht es weiter?

Die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften ist sehr begrenzt. Menschliche (Sozial-)Beziehungen sind sehr komplex, internationale Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften noch komplexer. Wer konnte schon den raschen Zusammenbruch der kommunistischen Welt voraussagen, wer den Fall der Mauer? Und die Halbwertszeit der Konjunktur- und Wachstumsprognosen sog. Wirtschaftsweiser ist bekanntlich gering. Auch gibt es Zufälle. Leo Tolstoi reflektiert in „Krieg und Frieden“ darüber, wie die Weltgeschichte verlaufen wäre, wenn die Nase der Kleopatra nicht so schön gewesen wäre und deshalb Julius Cäsar nicht mir ihr ein Liebesverhältnis mit weitreichenden politischen Konsequenzen eingegangen wäre. Auch die imperialistische Konkurrenz der damaligen Großmächte *musste* nicht zum Ersten Weltkrieg führen.

Vielleicht lassen sich einige Trends ausmachen. Wahrscheinlich führt die weitere wirtschaftliche Globalisierung zu weiteren weltwirtschaftlichen Verschiebungen. Manche bisher arme oder ärmere Länder werden aufsteigen, die bisher reichen ab. Dabei wird sich der Trend fortsetzen, dass die Reichen global gesehen auch immer noch reicher werden, so dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter öffnen wird. Andererseits profitieren in den insge-

samt aufsteigenden Ländern viele der bisher Armen auch, die in absoluten Zahlen gerechnet mehr Einkommen oder überhaupt einmal eines haben. Dies belegt die wachsende sog. Mittelschicht auf globaler Ebene, die von der Globalisierung profitiert. Globalisierung bedeutet kein gleichmäßig für alle geltendes Wachstum.

Die Hegemonie der USA und des Westens wird sich weiter abschwächen. Die militärisch-technische Überlegenheit der USA wird lange nicht von aufsteigenden Staaten wie China egalisiert werden können, dazu ist der Abstand viel zu groß. Andererseits zeigt sich nicht zuletzt in Afghanistan und im Nahen Osten, dass sich militärische Überlegenheit keineswegs in politische Gestaltungsmöglichkeit und -fähigkeit ummünzen lässt. Andererseits weiß niemand, wie stabil China oder Indien wirklich sind. Noch am Ende der 1980er Jahre sprach man vom „Niedergang des amerikanischen Imperiums“; kaum verschwand überraschender Weise die Sowjetunion von der politisch-militärischen Weltbühne, redete man vom „Unipolarität“ und von Amerika als „Neuem Rom“, das der Welt den Frieden bringen würde. So ist das mit den Prognosen!

Autor

Prof. Dr. Peter Schlotter ist Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg (IPW); Seit 2010 im Ruhestand (weiterhin Lehre und Forschung am IPW). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören: Friedens- und Konfliktforschung, Internationale Beziehungen, Friedenstheorien und Theorien der internationalen Beziehungen, Europäische Integration, einschließlich GASP und EU-Außenbeziehungen, Internationale Organisationen sowie Konfliktprävention und Konfliktintervention in den internationalen Beziehungen. 2002 – 2008 war Prof. Dr. Peter Schlotter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK).

Kontakt: peter.schlotter@ipw.uni-heidelberg.de

Weitere Informationen: <http://www.uni-heidelberg.de/politikwissenschaften/personal/schlotter/index.html>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de